

Christoph Meyer

Kein Ort? Niemals?

Die Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Utopie

Beitrag zur 3. Öffentlichen Ringvorlesung an der Hochschule Mittweida zum
Thema „Konkrete Utopien“ am 23. März 2016

Prof. Dr. phil. Christoph Meyer, Hochschule Mittweida
christoph.meyer@hs-mittweida.de

Inhalt

1	Was war der „wissenschaftliche Sozialismus“?	3
2	Wie der „reale“ Sozialismus den wissenschaftlichen zerstörte	7
3	Die Diskreditierung der sozialen Utopie	12
4	Zukunft und Gegenwart – Gibt es keine Alternative?	16
	Quellen und Literatur	19
	Wissenschaftliche Literatur	19
	Weitere Quellen	20

Eine Gesellschaft, „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“¹, so stellte sich Karl Marx den Sozialismus vor. Auf dem Boden der DDR wurde versucht, eine solche Gesellschaft zu schaffen. Mit Hilfe der Ideologie des „wissenschaftlichen Sozialismus“ in der Lesart der herrschenden SED. Vor einem Vierteljahrhundert ist dieses Experiment krachend gescheitert. Und heute: Welche Chancen gibt es für eine menschliche Gesellschaft – oder bleibt sie eine Utopie?

1 Was war der „wissenschaftliche Sozialismus“?

Der wissenschaftliche Sozialismus ist eines der großen Gedankengebäude des 19. Jahrhunderts. Es hatte erheblichen Einfluss auf die Gestaltung der Politik im 20. Jahrhundert. In seinem Namen führten die kommunistische Bewegung und ihre Führer ein diktatorisches Großexperiment in einem großen Teil der Welt durch – eingeschlossen den Teil des Landes, in dem wir uns gerade befinden. Das Experiment scheiterte – aber die Betroffenen und ihre Nachkommen tragen immer noch und auf absehbare Zeit an den Folgen.

Ich selbst stamme aus dem Westen Deutschlands und war dem hiesigen Experiment mit dem Sozialismus nicht persönlich ausgesetzt. Aber mit dem wissenschaftlichen Sozialismus experimentiert habe ich doch. Und zwar als Student in den 1980er Jahren an der Kölner Universität. Da war ich drei Jahre lang Mitglied in einer marxistischen Organisation namens „Sozialistischer Hochschulbund“. In dessen Grundsatzerklärung von 1972 hieß es: „Der SHB ist eine sozialdemokratische Studentenorganisation, die auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus um die sozialistische Umgestaltung der BRD kämpft.“²

Kurz gefasst würde ich heute sagen: Wir waren eine kleine Sekte mit großen Ansprüchen. Auch das musste scheitern. Doch das soll hier nicht weiter vertieft werden³.

¹ Marx, Karl; Engels, Friedrich (1848): Manifest der Kommunistischen Partei. In: MEW 4 (1959). Berlin: Dietz, S. 459-493, S. 482.

² SHB (1972): Grundsatzerklärung des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB) (1972). In: Sozialistischer Hochschulbund (SHB) (Hg.): Programme der deutschen Sozialdemokratie. Bonn: Eigendruck (Sozialistische Reihe 3), S. 57-58, S. 57.

³ Vgl. hierzu Meyer, Christoph (1997): Aktionseinheit, Klatschmärsche und Grundlagenfetischismus. Ein Rückblick auf den SHB. In: spw 98, S. 31-36 – sowie, mit stärkerem Bezug auf Köln: Meyer, Christoph

Die Wissenschaftlichkeit unseres Sozialismus begründeten wir mit den Theorien von Karl Marx und Friedrich Engels, und da sticht eine bekannte Schrift von Engels ins Auge, deren Titel ich in der zweiten Überschrift dieses Vortrags umgedreht habe: „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“, entstanden um 1880⁴.

Darin stellt Engels zunächst die Ideen der „drei großen Utopisten“ des Sozialismus vor, Saint-Simon, Fourier und Owen. Als Erben und Fortentwickler der Aufklärung forderten diese zu Beginn des 19. Jahrhunderts ein „Reich der Vernunft“, in dem „ewige Gerechtigkeit“ geschaffen werden sollte, und zwar durch die Aufhebung der Barrieren zwischen Arm und Reich, Besitzenden und Besitzlosen Klassen, durch die Abschaffung der Herrschaft des Privateigentums⁵. Für die Utopisten, so leitete Engels seine Kritik ein, sei der Sozialismus „der Ausdruck der absoluten Wahrheit, Vernunft und Gerechtigkeit“⁶. Aber: „Um aus dem Sozialismus eine Wissenschaft zu machen, mußte er erst auf einen realen Boden gestellt werden.“⁷

Diesen realen Boden fand, so meinte Engels, sein Freund Karl Marx. Der habe zwei große Entdeckungen gemacht: „die materialistische Geschichtsauffassung und die Enthüllung des Geheimnisses der kapitalistischen Produktion“⁸.

Kern der materialistischen Geschichtsauffassung ist die Erkenntnis, dass es keine absolute Wahrheit in den Köpfen der Menschen oder eines „Weltgeists“ gibt, sondern dass es, wie Marx sagt, das gesellschaftliche Sein ist, welches das Bewusstsein der Menschen bestimmt⁹. Und grundlegend für alles gesellschaftli-

(1996): Kontinuität durch Wandel. Anmerkungen zur Geschichte von SDS, SHB und Juso-Hochschulgruppe in Köln (1946 bis 1990). In: Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD, Unterbezirk Köln (Hg.): "...die treiben es ja auch zu weit." 75 Jahre Kölner Jusos - ein Sammelband. Dortmund: spw, S. 135-149.

⁴ Engels, Friedrich (1882): Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. In: MEW 19 (1973). Berlin: Dietz, S. 181-228.

⁵ Vgl. ebd., S. 191ff.

⁶ Ebd., S. 200.

⁷ Ebd., S. 201.

⁸ Ebd., S. 209.

⁹ Vgl. Marx, Karl (1859): Zur Kritik der Politischen Ökonomie. In: MEW 13 (1974), S. 3-160, S. 9.

che Sein ist die Sphäre der Produktion, die Ökonomie. Die Aufgabe eines wissenschaftlichen Sozialismus sei es daher nicht, „ein möglichst vollkommenes System der Gesellschaft zu verfertigen, sondern den geschichtlichen ökonomischen Verlauf zu untersuchen“, um in der dadurch entstandenen ökonomischen Lage „die Mittel zur Lösung des Konflikts zu entdecken“¹⁰.

Beim Begriff „Konflikt“ kommt die Übertragung der Dialektik des Philosophen Hegel durch den Philosophen Karl Marx auf das Gebiet der Ökonomie zum Tragen. Vereinfachend gesagt: Dialektisches Denken geht aus von einer Dynamik von Widersprüchen, einem System von Gegensätzen, Konflikten, in dem unterschiedliche Pole zwar miteinander unvereinbar sind, ohne den jeweils anderen jedoch auch nicht bestehen können. Ganz einfach dargestellt an einem naturwissenschaftlichen Beispiel: Um den neutralen Atomkern kreisen positiv und negativ geladene Teilchen – gegeneinander, doch ohne dieses Gegeneinander kann das ganze Atom nicht existieren.

Auf solchen Widersprüchen beruht, so Marx und Engels, auch die kapitalistische Gesellschaftsformation. Im Zentrum steht dabei der gesellschaftliche Charakter der Produktion einerseits und auf der anderen Seite die private Aneignung der Produkte durch Einzelne, nämlich die Kapitalisten. Dieser Gegensatz bedingt einerseits das System, andererseits entsteht dadurch der Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Außerdem entstehen durch diesen Gegensatz, durch den anarchischen Charakter der gesellschaftlichen Produktion, notwendigerweise Krisen. Diese verschärfen die Ausbeutung, den Klassengegensatz immer weiter. Immer mehr Proletarier stehen immer weniger Kapitalisten gegenüber, und schließlich wird die Revolution, also „die Besitzergreifung der sämtlichen Produktionsmittel durch die Gesellschaft“ zur „geschichtlichen Notwendigkeit“¹¹.

Diese geschichtliche Notwendigkeit bewusst zu machen, ist die Aufgabe „des theoretischen Ausdrucks der proletarischen Bewegung, des wissenschaftlichen Sozialismus“. Wenn dann die Produktionsmittel in öffentliches Eigentum überführt sind, wird eine „gesellschaftliche Produktion nach vorherbestimmtem

¹⁰ Engels 1882, S. 208.

¹¹ Ebd., S. 224.

Plan“ möglich, und je weiter dies voranschreitet, so meint Engels, desto mehr „schläft auch die Autorität des Staats ein. Die Menschen, endlich Herren ihrer eignen Art der Vergesellschaftung, werden damit zugleich Herren der Natur, Herren ihrer selbst – frei.“¹²

Soweit also die Theorie des Sozialismus als Wissenschaft. Ob eine wissenschaftliche Erkenntnis zutreffend oder fehlerhaft ist, erweist sich in der Praxis. Und in der Praxis haben sich eine ganze Reihe angeblicher Erkenntnisse der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus als nicht zutreffend erwiesen.

Diese Irrtümer sind unter anderem folgende:

- Marx und Engels erwarteten die Revolution in naher Zukunft. Ganz im Gegenteil: Die Dynamik der kapitalistischen, auf Privateigentum basierenden Produktionsweise ist bis heute ungebrochen.
- Die Klassengegensätze spitzen sich nicht in dem Sinne zu, dass zwei große Lager, Proletarier und Kapitalisten, einander immer unversöhnlicher gegenüberstehen. Es ist dagegen zu einer immer stärkeren Differenzierung verschiedener sozioökonomisch und kulturell bedingter gesellschaftlicher Gruppen gekommen.
- Gewerkschaftlicher und politischer Kampf haben in den fortgeschrittenen Industrieländern nicht zu einer Verschärfung der Klassengegensätze geführt, sondern im Gegenteil zu deren Abmilderung durch soziale und politische Teilhabe.
- Dabei hat sich – spätestens ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts – das proletarische Klassenbewusstsein zunehmend aufgelöst. Die Arbeiterbewegung ist gewissermaßen an ihrem eigenen Erfolg gescheitert.
- Es gibt eine ganze Reihe großer, innergesellschaftlicher und auch weltpolitischer Konflikte, die mit in der Ökonomie wurzelnden Gegensätzen nicht hinreichend zu erklären sind, zum Beispiel Antisemitismus, Rassismus, Nationalismus, religiöser Extremismus, Sexismus und Patriarchat, die Armut der Länder des Südens, ökologische Zerstörungen, Bedrohungen durch Technologien.

¹²

Ebd., S. 228.

Viele dieser Entwicklungen haben sich schon zu Lebzeiten von Karl Marx und Friedrich Engels abgezeichnet, ohne jedoch deren theoretisches Gebäude des „wissenschaftlichen Sozialismus“ schon grundlegend zu erschüttern. Die nachfolgende Generation der Sozialisten und Kommunisten hat sich dann in verschiedene Denkschulen und Lager aufgespalten, welche wiederum ihrerseits Anpassungsversuche der Theorie vorgenommen haben. Vereinfachend gesagt: Es gab hier unorthodoxe und orthodoxe Auslegungen.

Unorthodoxe Richtungen haben sich mit anderen, teils neuen Theorien und reformerischer Politik verbunden, wobei der marxistische Kern des „wissenschaftlichen Sozialismus“ im Wesentlichen aufgelöst worden ist. Dem entspricht in der deutschen Politik des 20. Jahrhunderts die Strömung des demokratischen Sozialismus oder der Sozialdemokratie.

Die marxistisch-leninistische Orthodoxie der Kommunisten dagegen hat, fußend auf Marx und Engels, aber über sie hinausgehend, ein starres Gedankengebäude samt Parteidoktrin entwickelt und versucht, den „wissenschaftlichen Sozialismus“ in einem Teil der Welt zu verwirklichen.

2 Wie der „reale“ Sozialismus den wissenschaftlichen zerstörte

Dieses Großexperiment nahm seinen Ausgang mit der Oktoberrevolution der kommunistischen Bolschewiki in Russland im Jahr 1917. Sie markiert für Historiker gemeinsam mit dem 1. Weltkrieg den Beginn des kurzen 20. Jahrhunderts. An dessen Ende 1989/90/91 steht wiederum der Untergang der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten und damit das – jedenfalls für den größten Teil der betroffenen Länder – Ende des Experiments.

Der Theoretiker Lenin war – im Gegensatz zu Karl Marx, dessen unmittelbare praktische Versuche zur Parteiorganisation eher scheiterten¹³ – ein überaus erfolgreicher Politiker. Aber um Erfolg zu haben, mussten er und sein Nachfolger Stalin die Theorien von Marx und Engels erheblich verändern bzw. ihren Bedürfnissen anpassen.

¹³

Hierzu abwägend vgl. Schieder, Wolfgang (1991): Karl Marx als Politiker. München Zürich: R. Piper.

So hatte Marx immer gesagt, eine Gesellschaftsformation „geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind“¹⁴. Für Lenin aber wurde die Stärke einer Kette durch die Stärke ihres schwächsten Gliedes bestimmt¹⁵, und so war es kein Wunder, dass er den Beginn der Weltrevolution im industriell vergleichsweise unterentwickelten, durch Krieg und Hungersnöte geschwächten, politisch rückständigen Zarenreich Russland in Angriff nahm.

Die Machtergreifung einer kommunistischen Partei, die sich nur auf ein vergleichsweise kleines Industrieproletariat stützen konnte, in einem riesigen Reich, führte dann anders als Marx und Engels für wissenschaftlich erwiesen gehalten hatten, nicht dazu, dass der Staat abstarb, sondern im Gegenteil zu dessen Ausdehnung im Rahmen einer „Diktatur des Proletariats“.

Anstelle des ersehnten Reichs der Freiheit trat ein extremes „Reich der Notwendigkeit“: die kommunistische Diktatur, ein totalitäres Regime, ein Machtstaat, der tief in alle Sphären des staatlichen, des gesellschaftlichen und des persönlichen Lebens der Sowjetbürgerinnen und –bürger eingriff.

Dabei wurde nicht nur das Land einer brutalen Einparteiendiktatur unterworfen, auch die Partei selbst war in sich nicht demokratisch aufgebaut, sondern streng hierarchisch, von oben nach unten. Im Rahmen des sogenannten „Demokratischen Zentralismus“ der Leninschen „Partei neuen Typs“ waren die Basisorganisationen den Oberen rechenschaftspflichtig, und die jeweils unteren Ebenen hatten den Anweisungen der oberen zu folgen. An der Spitze der Hierarchie stand ein Politbüro, dessen Chef und Lenin-Nachfolger ab 1924, Josef Stalin, immer stärker in die Rolle eines diktatorischen Alleinherrschers hineinwuchs.

Lenin, insbesondere aber Stalin, versuchten mit Hilfe der Diktatur die Industrialisierung nachzuholen. Dabei schreckten sie nicht vor extremen Formen der

¹⁴ Marx 1859, S. 9.

¹⁵ Vgl. Lenin, Wladimir I. (1917): Die Stärke der Kette wird durch die Stärke ihres schwächsten Gliedes bestimmt. In: Lenin Werke (LW). Bd. 24 (1959). Berlin: Dietz, S. 522-523.

Ausbeutung, der Ausrottung ganzer Gesellschaftsschichten und Volksgruppen und vor Sklavenarbeit in Zwangsarbeitslagern zurück.

Zur Absicherung seiner Macht bediente sich Stalin des Terrors seiner Geheimpolizei. Ein System von Spitzeln wurde aufgebaut. Es folgten die sogenannten „Säuberungen“, die in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre ihren Höhepunkt erreichten. Schon der erste Weltkrieg und der revolutionäre Bürgerkrieg hatten 15 Millionen Todesopfer gefordert, und die mit der Kollektivierung der Landwirtschaft verbundene Hungersnot noch einmal bis zu acht Millionen. Die Jahre 1937 und 1938 waren dann „markante Todesdaten“. Mit zwei Millionen Menschen, die verhaftet wurden, etwa 700.000 Ermordeten und 1,3 Millionen in Lager und Arbeitskolonien Verschiedenen war dies „ein qualitativer Sprung, ein Exzess im Exzess“¹⁶. Auf jeden Fall fielen den Säuberungen mehrere Millionen Menschen zum Opfer¹⁷.

Auch wenn er sie über 20 Millionen weitere Todesopfer kostete: Infolge des nationalsozialistischen von Deutschland ausgehenden Eroberungs- und Vernichtungskrieges konnte die Sowjetunion ihren Herrschaftsbereich bis weit nach Westen ausdehnen. Zwischen Elbe und Harz im Westen und Oder und Neiße im Osten entstand 1949 die „Deutsche Demokratische Republik“ (DDR).

Zu diesem Zeitpunkt war der Höhepunkt der Terrorwelle schon abgeklungen. Doch stützte sich auch der Spätstalinismus in der sowjetischen Besatzungszone und der frühen DDR auf terroristische Maßnahmen. Willkürliche Verhaftungen und Verschleppungen von Regimegegnern, Parteisäuberungen und Repressionen waren zunächst an der Tagesordnung. Die DDR war, anders als ihr Name sagt, nicht demokratisch, sondern gekennzeichnet durch die Übernahme sowjetischer Strukturen und Doktrinen. Die 1946 durch – wo nötig: zwangsweise – Verschmelzung von KPD und SPD gebildete „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ (SED) wurde schnell zur marxistisch-leninistischen Kaderpartei

¹⁶ Schlögel, Karl (2008): Terror und Traum. Moskau 1937. München: Hanser (bpb-Schriftenreihe, Bd. 733), S. 21.

¹⁷ Eine umfassende Darstellung: Baberowski, Jörg (2012): Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt. 3. Aufl. München: C.H.Beck.

umgebaut, welche alle politische und juristische Gewalt ihrer Kontrolle unterwarf und mit dem Staat zu einer Einheit verschmolz¹⁸.

Die Führung der herrschenden Partei behauptete, auf der Grundlage des „wissenschaftlichen Sozialismus“ im Besitz der objektiven Wahrheit zu sein.

Staats- und Parteichef Erich Honecker drückte es zum Beispiel 1974 so aus:

„Aus den objektiven Gesetzen und der Praxis der gesellschaftlichen Entwicklung hat der VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands die Schlußfolgerung gezogen, die Deutsche Demokratische Republik als sozialistischen Staat weiter zu profilieren und fest in der Gemeinschaft der sozialistischen Bruderländer zu verankern. Im Einklang mit den historischen Prozessen unserer Epoche entwickelt und vervollkommnet sich unser sozialistischer Arbeiter- und Bauern-Staat. (...) Sowohl von den inneren als auch den äußeren Bedingungen und Positionen her ist der Sieg der sozialistischen Gesellschaftsordnung in der Deutschen Demokratischen Republik unwiderruflich und endgültig.“¹⁹

Aufgrund „objektive[r] Gesetze“, im „Einklang mit den historischen Prozessen“ ist der Sieg des Sozialismus also „unwiderruflich und endgültig“. Solche angeblich wissenschaftlich gewonnenen Erkenntnisse wurden beispielsweise den Jugendlichen der DDR in einem bunten Jugendweiheband vorgelegt. Mit ihrer Banalität und hölzernen Sprache können sie kaum mehr begeistert haben als andere Sprüche, die im Auftrag der herrschenden Lehre geklopft wurden und jeweils auf ihre Weise den Anspruch des Regimes auf Wissenschaftlichkeit zu untermauern suchten – vom spätstalinistischen Fürnberg-Lied „Die Partei, die Partei, die hat immer recht“ (1950) bis zu Erich Honeckers spätem Ausspruch

¹⁸ Vgl. Schroeder, Klaus (1998): Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR. München: Bayerische Landeszentrale für politische Bildung, S. 609.

¹⁹ Honecker, Erich (1974): Aus der Rede Erich Honeckers vor der Volkskammer zur Begründung des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1974. In: Zentraler Ausschuß für Jugendweihe in der DDR (Hg.) (1975): Der Sozialismus - Deine Welt. Berlin: Verlag Neues Leben, S. 33.

von 1989: „Den Sozialismus in seinem Lauf, so sagt man bei uns immer, halten weder Ochs noch Esel auf.“²⁰

Der Ausspruch „Der Marxismus ist allmächtig, weil er wahr ist“ geht übrigens auf ein Lenin-Zitat zurück, das zeigt, wie sehr die ursprüngliche Theorie von Marx und Engels abgestumpft und vulgär pseudoreligiös geradezu umgedreht wurde.

Glaubwürdig waren alle diese Behauptungen und Sprüche zu keinem Zeitpunkt. Die DDR-Planwirtschaft war der Dynamik des westlichen Kapitalismus bei weitem unterlegen. Sie war international immer weniger wettbewerbsfähig. Es gelang zwar auch in der DDR ein enormer industrieller Aufbau, aber das Lebenshaltungs- und Konsumniveau konnte mit demjenigen des Westens nicht mithalten. Innerhalb der ersten zwölf Jahre flohen knapp 2,7 Millionen Menschen in die Bundesrepublik²¹, um dort ein besseres Auskommen zu finden und um sich frei äußern und frei betätigen zu können. Um das kleine Land am Ausbluten zu hindern, wurde 1961 daher die Mauer um Berlin gebaut. Für die verbliebenen, wohl zu keiner Zeit mehrheitlich an den „wissenschaftlichen Sozialismus“ glaubenden Menschen blieben nur Anpassung, der Rückzug in gesellschaftliche und private Nischen oder – im Falle oppositioneller und systemkritischer Betätigung und Äußerungen – Repressionen wie Berufsverbote und andere wirtschaftliche Nachteile, Verhöre, Verhaftungen, Verurteilungen zu Gefängnisstrafen.

Nicht einmal die in der „Diktatur des Proletariats“ angeblich herrschende Klasse selbst, die Arbeiterschaft, durfte demokratisch mitbestimmen. Ihre sogenannten Gewerkschaften waren Stützen des Regimes, abhängig von den Weisungen der Partei. Als das Proletariat, die Arbeiterschaft dann 1953 am 17. Juni doch den Streik und den Aufstand gegen ungerechte Arbeitsbedingungen und politische Unterdrückung wagte, wurde die Bewegung niedergeschlagen – gewalt-

²⁰ Honecker, Erich (1989): Erich Honecker spricht den berühmt gewordenen Satz "Den Sozialismus in seinem Lauf halten weder Ochs noch Esel auf". Youtube-Video (<https://www.youtube.com/watch?v=B7reIMSpBNA>, verfügbar am 11.3.2016).

²¹ Vgl. Kleßmann, Christoph (1997): Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955-1970. 2., überarb. u. erw. Aufl. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb-Schriftenreihe, Bd. 343), S. 321.

sam mit Hilfe sowjetischer Panzer. Aus meiner Sicht war dies das Ende der Arbeiterbewegung in Ostdeutschland.

Allen selbstsicheren Sprüchen zum Trotz aber konnten sich die Machthaber in der DDR ihrer Herrschaft nie sicher sein. Neben Mauer und Stacheldraht nach außen errichtete die SED mit dem „Ministerium für Staatssicherheit“ einen umfassenden Apparat zur Ausspitzelung und Überwachung der eigenen Bevölkerung. Das von Marx und Engels herbeigesehnte „Reich der Freiheit“ gab es jedenfalls nicht in der DDR. Vielmehr handelte es sich um einen ideologisch (not-)dürftig verbrämten Überwachungsstaat.

Es mag sein, dass in der DDR, wie von Engels gefordert beziehungsweise vorausgesehen, der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privaten Aneignung der Produkte aufgehoben war. Aber neben allen anderen Widersprüchen der DDR-Gesellschaft gab es einen ganz entscheidenden, der, wie sich in der Endkrise der späten 1980er Jahre zeigte, unter Beibehaltung des Systems nicht zu überbrücken war: den Widerspruch zwischen der realsozialistischen Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung und den menschlichen Ansprüchen auf Freiheit, Emanzipation und individuelle Entfaltung.

Die Praxis der SED und das Ergebnis ihrer Politik widerlegten den Anspruch der Partei, die historischen Gesetzmäßigkeiten erkannt zu haben und im Besitz der objektiv erwiesenen Wahrheit zu sein. So war es der „real existierende Sozialismus“ selbst, welcher die Behauptung, er sei wissenschaftlich begründet, eindrucksvoll widerlegte.

3 Die Diskreditierung der sozialen Utopie

Der aus Dresden stammende sozialdemokratische Politiker Herbert Wehner, selbst ehemaliger Kommunist, sagte über das SED-Experiment im Jahr 1964 in einem Interview:

„Es wird fürchterlich enden, mit einem moralischen Katzenjammer und einer sittlichen Vernichtung derer, die einmal aus ehrlichen Absichten kommunisti-

*sche oder sozialistische Vorstellungen solcher Art zu realisieren versucht haben.*²²

Diese Voraussage sollte sich als richtig erweisen. 1989/90 brach mehr zusammen als nur ein System, das nicht zukunftsfähig war. Auch das von der SED errichtete Gedankengebäude des „wissenschaftlichen Sozialismus“ wurde eindrucksvoll widerlegt. Und noch mehr: Wer gehofft hatte, aus der demokratischen Bürgerinnen- und Bürgerbewegung von 1989 würde ein neuer, geläuterter, freiheitlicher Sozialismus in einer demokratisierten DDR hervorgehen, wurde zutiefst enttäuscht.

Eine große Mehrheit der Menschen im Osten Deutschlands wollte keine sozialistischen Experimente mehr. Sie ergriff bereitwillig den ausgestreckten Arm der westdeutschen Politik und öffnete das Land freudig und erwartungsvoll dem Zugriff des westdeutschen und internationalen Kapitals.

Dabei wurde – und das ist aus heutiger Sicht völlig verständlich – nicht unterschieden zwischen den guten Absichten, welche diejenigen gehegt haben mochten, welche das SED-Experiment eingeleitet und unterstützt hatten, und den kläglichen Ergebnissen, die alltäglich und im Kontrast mit dem westdeutschen Wohlstand immer deutlicher zu spüren waren. Das widerlegte nicht nur den Sozialismus als Wissenschaft, das erschütterte auch den Sozialismus als Utopie der sozialen Gleichheit. Nicht nur die Ideologie wurde diskreditiert, sondern auch die Idee.

Im vereinten Deutschland – und in ganz Europa – betraf diese Diskreditierung der Idee der sozialen Gleichheit nicht nur den Osten, sondern sie strahlte weit in den Westen aus. Entpolitisierungstendenzen, nationalistische Haltungen, neoliberale Positionen wurden gestärkt.

In Ostdeutschland blieb die sich in irgendeiner Weise auf die Traditionen der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung und des Sozialismus beziehende politische Linke im Vergleich zu den Konservativen insgesamt schwächer, und sie war und blieb darüber hinaus – über die historischen Brüche – gespalten.

²² SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag (Hg.) (1978): Zur Person: Herbert Wehner. Unveränd. Nachdr. Bonn: o.V. (Tatsachen - Argumente Nr. 87/65), S. 16.

Zementiert wurde dies seitens der Konservativen durch Wahlkampagnen mit Sprüchen wie „Auf roten Socken kann man nicht in die Zukunft gehen“. Hier wurden unterschiedslos die Sozialdemokratie sowie jegliche Spielart von „Sozialismus“ mit dem kommunistischen Unterdrückungsregime in einen Topf geworfen. Wer alternative Politik- und Gesellschaftsmodelle vertrat, machte sich verdächtig, geriet an den Rand, zumindest aber politisch in eine aussichtslos erscheinende Minderheitsposition.

Dieses antiutopische Denken hat Folgen, bis heute. So behauptete erst Mitte Februar dieses Jahres der stellvertretende Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Bert Pampel: „Totalitäres Denken war und ist nicht auf Jakobiner, Kommunisten, Bolschewisten, Nationalsozialisten oder Stalinisten beschränkt.“ Diese Gefahr bestehe bei „Intellektuellen, Politikern und Weltverbesserern jeglicher Couleur“, die „beispielsweise die Abschaffung des Nationalstaats und eine multikulturell vielfältige Gesellschaft“ wollten²³. Das Denken über den Tellerrand des Bestehenden hinaus, das utopische Denken, erscheint in diesem Artikel geradezu gefährlicher als die Hetze gegen Andersdenkende und Ausländer, welche von der Pegida-Bewegung in Dresden ausgeht.

Wie tief dieser antiutopische Reflex auf den Sozialismus wurzelt, erahnt möglicherweise, wer einmal den autobiografischen Roman von Peter Richter, „89/90“, über die Zeit der sogenannten „Wende“ in Dresden liest²⁴. Damals haben rechtsextreme Schlägertrupps teilweise die Vorherrschaft in der jugendlichen Szene gewonnen – die damals 15, 16, 17jährigen sind heute Anfang 40 und arriviert...

Ganz im Gegensatz zu Pampel lässt sich mindestens mit gleichem Recht behaupten, dass es das politische Leitbild der Alternativlosigkeit ist, welches zum Verdruss immer weiterer Teile der Bevölkerung an der Demokratie geführt hat. In Sachsen ist dieses politische Leitbild insbesondere in der Ära Biedenkopf gepflegt worden. Hier nur einige Facetten:

- Der von der extremen Rechten ausgehende Nationalismus wurde verharmlost beziehungsweise nationalistisches Denken steht auch im Mit-

²³ Pampel, Bert (2016): Aus der Geschichte nichts gelernt? In: Sächsische Zeitung vom 15.2.2016, S. 20.

²⁴ Vgl. Richter, Peter (2015): 89/90. Roman. München: Luchterhand, insbes. S. 301-329.

telpunkt der Überzeugung einer ganzen Reihe konservativer Politiker, nicht nur in der AfD.

- Eine spezifisch sächsische Anreicherung dieser Art Ethnisierung von Politik ist die seit Biedenkopf verbreitete Sachsentümelei, die bis weit in die Medienlandschaft reicht. Eine der schönsten Blüten ist jene Imagekampagne des Freistaats „So geht sächsisch“, in der es heißt: „Wir Sachsen haben Benzin im Blut.“²⁵
- Eine „Refeudalisierung“ des politischen Denkens hat es nicht nur im August-der-Starke-Mythos gegeben, wie er insbesondere in der Landeshauptstadt Dresden gepflegt wurde und wird, sondern auch im Kult um den „König“ Kurt Biedenkopf, der – stellvertretend für das Volk – schon alles richten würde.

Gerade an letzterem wird der Grundzug der sächsischen Politik von der Landesebene bis in die kommunalen Niederungen deutlich: Entpolitisierung. Der Journalist Michael Bartsch jedenfalls zog aus den zahlreichen folgenlosen Affären der seit 1990 Herrschenden schon 2002 das Fazit:

„Die Ära Biedenkopf aber hat die Demokratieentwicklung in Sachsen um ein ganzes Jahrzehnt zurückgeworfen.“²⁶

Heute, anderthalb Jahrzehnte später, ist diese Ära längst vorbei, doch an ihrer Spitze stand und steht kein Neubeginn, sondern eine Mischung aus Epigonentum, oft Sprach- und teilweise Ratlosigkeit angesichts der aktuellen Herausforderungen an die Demokratie.

So notwendig es gewesen sein mag, mit den falschen Verheißungen der sozialistischen Utopie zu brechen – so problematisch ist es heute, dass die Demokratie offensichtlich verlernt hat, grundsätzliche alternative Ideen zu denken. Im großkoalitionären Deutschland klafft eine Lücke. Fehlt utopisches Denken?

²⁵ Sächsische Staatskanzlei (Hg.) (2014): Die Zukunft kommt aus Sachsen. Ein Magazin des Freistaates Sachsen. Herbst/Winter2014, S. 24.

²⁶ Bartsch, Michael (2002): Das System Biedenkopf. Der Hof-Staat Sachsen und seine braven Untertanen. Oder: Wie in Sachsen die Demokratie auf den Hund kam. Ein Report. Berlin: edition ost, S. 220.

4 Zukunft und Gegenwart – Gibt es keine Alternative?

An dieser Stelle zunächst noch einige Anmerkungen zur Bedeutung von Karl Marx und Friedrich Engels. Beide waren, in ihrer Zeit, bedeutende Wissenschaftler. Philosophen, Ökonomen, Soziologen, Historiker, zusammengefasst: Große Diagnostiker ihrer Zeit. Ihre Werke haben zahlreiche Forscher – bis heute – beeinflusst. Anregend ist sowohl ihr dialektisches Denken, das Denken in Widersprüchen – und anregend und wie ich meine auch nicht zu leugnen, ist ihre Analyse der modernen Gesellschaft als einer Klassengesellschaft und daraus folgend von Politik als einem Kampf oder besser einer Auseinandersetzung unterschiedlicher, großteils ökonomisch bedingter Interessen.

Spekulation dagegen war ihre Theorie der Notwendigkeit einer proletarischen, sozialistischen Revolution und damit verbunden die Idee, diese Notwendigkeit sei wissenschaftlich erwiesen. Dabei wurzelt dieser Irrtum bei Marx schon in seinem Frühwerk. So schrieb er mit 25 Jahren, 1843/44, die Einleitung „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“. Darin dachte er darüber nach, wie es im damals rückständigen Deutschland zu einem Umsturz, zur Revolution kommen könnte. Die deutsche Mittelklasse in ihrer „philisterhaften Mittelmäßigkeit“²⁷ jedenfalls sei nicht dazu in der Lage. Es bedürfe vielmehr „der Bildung einer Klasse mit *radikalen* Ketten (...)“, eines Standes also, der nichts zu verlieren, sondern in einer Revolution alles zu gewinnen hat, und diese „Auflösung der Gesellschaft als ein besonderer Stand ist das *Proletariat*“²⁸. Hier sagte Marx also, am Vorabend der industriellen Revolution in Deutschland, die Entstehung einer neuen Klasse voraus. Diese gab es zu diesem Zeitpunkt zwar schon in England, aber in Deutschland bestand sie noch kaum. Er erfand also das „Proletariat“ schon vorab, damit sollte seine Philosophie dann zur Wirklichkeit werden könne:

„Wie die Philosophie im Proletariat ihre materiellen, so findet das Proletariat in der Philosophie seine geistigen Waffen, und sobald der Blitz des Gedankens

²⁷ Marx, Karl (1843/44): Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung. In: MEW 1 (1983), S. 378-391, S. 389.

²⁸ Ebd., S. 390 (Hervorh. i. Orig.).

*gründlich in diesen naiven Volksboden eingeschlagen ist, wird sich die Emanzipation der Deutschen zu Menschen vollziehen.*²⁹

Die Idee vom Proletariat als Träger der Revolution, als „historisches Subjekt“, ist also weniger Ausfluss einer wissenschaftlichen Analyse als vielmehr Ergebnis einer Spekulation, welche wiederum erkenntnisleitend ist für die wissenschaftlichen Analysen von Marx und Engels. Mit anderen Worten: Auch der „wissenschaftliche Sozialismus“ hat einen utopischen Kern. Und dieser Kern ist humanistisch, denn wie heißt es an früherer Stelle in der gleichen Schrift:

*„Radikal sein ist die Sache an der Wurzel fassen. Die Wurzel für den Menschen aber ist der Mensch selbst. (...) Die Kritik der Religion endet mit der Lehre, daß der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“*³⁰

Ohne Vorstellungen von einem besseren Leben, ohne Utopie, wird die Welt jedenfalls recht öde³¹. Es ist nicht gefährlich, sich eine bessere Welt vorzustellen, es ist nötig. Gefährlich wird es, wenn Mächtige Utopien verabsolutieren, wenn sie meinen, sie befinden sich im Besitz der alternativlosen Wahrheit und dürften daher rücksichtslos ihre Meinung durchsetzen. Rücksichtslose Rechthaberei gehört nicht in die Demokratie. Es bedarf der Kontrolle, der Gegengewichte. Und bei Wahlen und Abstimmungen werden nicht Wahrheiten festgestellt, sondern Mehrheiten.

Wer sich demokratisch betätigt, wer Gesellschaft und Zusammenleben mitgestaltet, gleich vor welchem weltanschaulichen Hintergrund – sei er sozialistisch, christlich, liberal, ökologisch begründet; keine dieser Begründungen hat den

²⁹ Ebd. (Hervorh. i. Orig. kursiv).

³⁰ Ebd., S. 385 (Hervorh. i. Orig. kursiv).

³¹ Darum tragen nahezu alle Religionen Elemente der Utopie in sich: Da gibt es die Vorstellung von einem Himmel, jenseits der Wolken, einem „Reich Gottes“ nach dem Tode, und diese Vision ist über lange Jahrhunderte auch benutzt worden, um die Menschen über ihr schmerz erfülltes, von Ausbeutung, schwerer Arbeit, Kriegen, Not und Unterdrückung gekennzeichnetes Leben „auf Erden“ hinwegzutrusten. Allerdings enthält auch das Christentum die Vorstellung eines gerechteren Lebens hier, auf der Erde. Reichtum und Geiz werden kritisiert, und zu guten Taten ruft ja auch Jesus Christus in der Bergpredigt auf: *„Der gute Mensch bringt aus dem guten Schatz seines Herzens Gutes hervor, (...). Denn wovon das Herz voll ist, davon redet der Mund.“* (Lk 6, 45).

Anspruch auf ein Wahrheitsmonopol. Weder theologisch noch ideologisch noch wissenschaftlich lässt sich das begründen. Aber: Es geht nicht ohne ein positives Leitbild von der Zukunft, es geht nicht ohne konkrete Utopie.

Das Prinzip der gesellschaftlichen Verantwortung gilt ebenso für jede Wissenschaft, für jede Disziplin. Es gilt für die gesellschaftsbezogenen Fächer genauso wie – im Zeitalter der „Risikogesellschaft“ – für die Natur- und Ingenieurwissenschaften. Es reicht nicht, dass etwas technisch möglich ist, dass es funktioniert. Zu berücksichtigen sind die Folgen für Mensch, Umwelt, Gesellschaft.

Für den Titel dieses Vortrags „Kein Ort. Niemals?“ habe ich einen Romantitel von Christa Wolf verwendet: „Kein Ort. Nirgends“³². Das ist die Übersetzung des Wortes „Utopie“ aus dem Griechischen. Eine Orts-Utopie konnte es allerdings nur bis etwa zum 16. Jahrhundert geben, als es noch unentdeckte Weltgegenden gab. So spielt Thomas Morus' Utopia nicht in der Zukunft, sondern in einem fernen Land. Danach kamen die Zukunftsvisionen, die „Zeitutopien“³³ – daher meine Umformulierung von „Nirgends“ zu „Niemals“.

Im Zeitalter der Beschleunigung sind allerdings auch Zeitutopien fast schon ein alter Hut. Ich würde daher meinen, heute geht es um eher nüchterne, konkrete Utopien, die nicht in einer fernen Zukunft liegen. Utopisches Denken ist in der Gegenwart enthalten – viele moderne Errungenschaften (technische oder auch gesellschaftliche, politische) sind Menschen früherer Generationen noch utopisch erschienen – es würde sich lohnen, die Gegenwart solcher Menschheitsprojekte, zu Realität geronnene Utopien, sichtbar zu machen, auch um sie besser Wert schätzen zu können. Und es lohnt sich, eine bessere Welt, ein besseres Zusammenleben täglich anzustreben, um aus der dumpfen, nationalistischen Ödnis herauszukommen.

Wäre dies kein wissenschaftlicher Vortrag, so könnte er mit einem utopischen Aufruf schließen, der etwa so lauten würde:

Weltverbesserer aller Länder, Weltverbesserer jeglicher Couleur, vereinigt euch!

³² Wolf, Christa (1988): Kein Ort. Nirgends. 13. Aufl. Darmstadt: Sammlung Luchterhand.

³³ Zur Begrifflichkeit vgl. Koselleck, Reinhart (2010): Zur Begriffsgeschichte der Zeitutopie. In: Ders.: Begriffsgeschichten. Studien zur Semantik und Pragmatik der politischen und sozialen Sprache. Frankfurt am Main: suhrkamp taschenbuch wissenschaft, S. 252-273.

Quellen und Literatur

Wissenschaftliche Literatur

Baberowski, Jörg (2012): Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt. 3. Aufl. München: C.H.Beck.

Bartsch, Michael (2002): Das System Biedenkopf. Der Hof-Staat Sachsen und seine braven Untertanen. Oder: Wie in Sachsen die Demokratie auf den Hund kam. Ein Report. Berlin: edition ost.

Engels, Friedrich (1882): Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. In: MEW 19 (1973). Berlin: Dietz, S. 181-228.

Kleißmann, Christoph (1997): Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955-1970. 2., überarb. u. erw. Aufl. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb-Schriftenreihe, Bd. 343), S. 321.

Koselleck, Reinhart (2010): Zur Begriffsgeschichte der Zeitutopie. In: Ders.: Begriffsgeschichten. Studien zur Semantik und Pragmatik der politischen und sozialen Sprache. Frankfurt am Main: suhrkamp taschenbuch wissenschaft, S. 252-273.

Marx, Karl (1843/44): Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung. In: MEW 1 (1983), S. 378-391.

Marx, Karl (1859): Zur Kritik der Politischen Ökonomie. In: MEW 13 (1974), S. 3-160.

Marx, Karl; Engels, Friedrich (1848): Manifest der Kommunistischen Partei. In: MEW 4 (1959). Berlin: Dietz, S. 459-493.

Marx, Karl; Engels, Friedrich (1956-1990): Werke (MEW). 43 Bde. Berlin: Dietz.

Meyer, Christoph (1996): Kontinuität durch Wandel. Anmerkungen zur Geschichte von SDS, SHB und Juso-Hochschulgruppe in Köln (1946 bis 1990). In: Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD, Unterbezirk Köln (Hg.): "...die treiben es ja auch zu weit." 75 Jahre Kölner Jusos - ein Sammelband. Dortmund: spw, S. 135-149.

Meyer, Christoph (1997): Aktionseinheit, Klatschmärsche und Grundlagenfetischismus. Ein Rückblick auf den SHB. In: spw 98, S. 31-36.

Schieder, Wolfgang (1991): Karl Marx als Politiker. München Zürich: R. Piper.

Schlögel, Karl (2008): Terror und Traum. Moskau 1937. München: Hanser (bpb-Schriftenreihe, Bd. 733).

Schroeder, Klaus (1998): Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR. München: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit.

Weitere Quellen

Honecker, Erich (1974): Aus der Rede Erich Honeckers vor der Volkskammer zur Begründung des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1974. In: Zentraler Ausschuß für Jugendweihe in der DDR (Hg.) (1975): Der Sozialismus - Deine Welt. Berlin: Verlag Neues Leben, S. 33.

Honecker, Erich (1989): Erich Honecker spricht den berühmt gewordenen Satz „Den Sozialismus in seinem Lauf halten weder Ochs noch Esel auf“. Youtube-Video (<https://www.youtube.com/watch?v=B7reIMSpBNA>, verfügbar am 11.3.2016).

Lenin, Wladimir I. (1917): Die Stärke der Kette wird durch die Stärke ihres schwächsten Gliedes bestimmt. In: Lenin Werke (LW). Bd. 24 (1959). Berlin: Dietz, S. 522-523.

Pampel, Bert (2016): Aus der Geschichte nichts gelernt? In: Sächsische Zeitung vom 15.2.2016, S. 20.

Richter, Peter (2015): 89/90. Roman. München: Luchterhand.

Sächsische Staatskanzlei (Hg.) (2014): Die Zukunft kommt aus Sachsen. Ein Magazin des Freistaates Sachsen. Herbst/Winter2014.

SHB (1972): Grundsatzerklärung des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB) (1972). In: Sozialistischer Hochschulbund (SHB) (Hg.): Programme der deutschen Sozialdemokratie. Bonn: Eigendruck (Sozialistische Reihe 3), S. 57-58.

SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag (Hg.) (1978): Zur Person: Herbert Wehner. Unveränd. Nachdr. Bonn: o.V. (Tatsachen - Argumente Nr. 87/65), S. 16.

Wolf, Christa (1988): Kein Ort. Nirgends. 13. Aufl. Darmstadt: Sammlung Luchterhand.